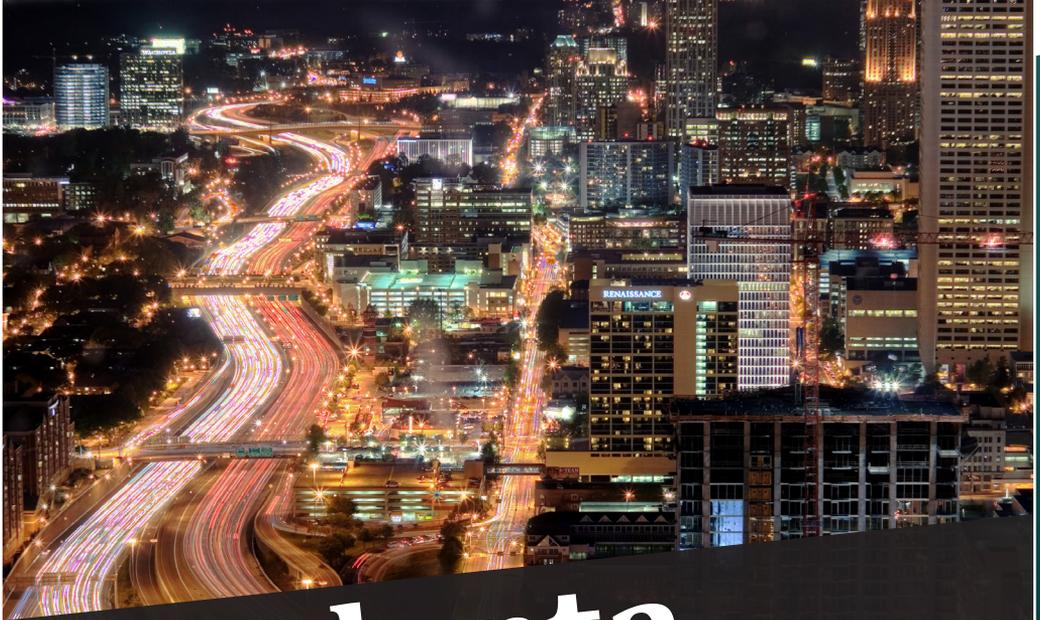


QuaPpe

Magazin der Grünen Hochschulgruppe



» atlanta

Unterwegs in den USA

Sommer 2010 – kostenlos



» **Gesundheit**
Gesundheitsprämie oder
eher Kopfpauschale?



» **CG BW MV**
Konstanz



» **Photovoltaik**
Die Zukunft oder Subventi-
onsgrab?

Impressum

Herausgeber

Grüne Hochschulgruppe
UStA Uni Karlsruhe
Adenauerring 7
76131 Karlsruhe

V. i. S. d. P.

David Schiebener

Redaktionsleitung

David Schiebener

Redaktion

Anna Vogt, Anselm Laube, Anton Trojosky, Christian Zimmermann, Christian Zimpelmann, Daniel Uber, David Schiebener, Felix Achilles, Hannes Gürgen, Jacqueline Klimesch, Kathrin Steiner, Lilith Henes, Samuel Huber, Samuel Karrer, Tim Schaffarzyk, Tobias Bach, Wolfgang Biener, Yannick Oster.

Werbung

Sven Kobelt
Anselm Laube

Fotos

Manuel Linnenschmidt
flickr.com,
Samuel Huber,
Samuel Karrer.

Layout und Cover

Manuel Linnenschmidt

Auflage

1200 Exemplare

Druck

CARTELL Chemnitz
www.cartell.de

Kontakt

info@ghg-karlsruhe.de

Internet

www.ghg-karlsruhe.de

Editorial

Frisch gedruckt auf Ökopapier liegt sie nun vor dir – unser publizistischer Start in den Sommer – die Quappe! Wir hoffen, dich mit spannenden Reportagen und Berichten gut zu unterhalten, aber vor allem zum Weiterdenken anregen zu können.

Aktuelle sozio-ökologische Entwicklungen verfolgen wir in dem Artikel über das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Außerdem: Offline-Spam im Briefkasten? Warum wir Werbung uncool finden, erläutern wir auf Seite 5.

Unsere Titelstory – der Erfahrungsbericht eines GHGlers über sein Studium in Atlanta – regt auch uns zu Reflexionen über unser Handeln und Denken an. Ist das Leben, wie wir es führen, zeitgemäß und vor allem für unseren Planeten langfristig erträglich?

Doch auch politisch geht es bei uns rund. Nachdem wir im Januar aufgrund eines tollen Wahlergebnisses (DANKE!) mit 6 Menschen als stärkste Fraktion ins Stupa eingezogen sind, ist nun auch der im Mai gewählte UStA stark grün gefärbt. Wir stellen die Re-

ferentInnen für Außen, Kultur, Ökologie und den Vorsitz. Was uns zudem aktuell beschäftigt – u.a. Verfasste Studierendenschaft und Bologna-Reform - schlag nach - auf Seite 6 bzw. 18.

Wenn du dich mit diesem Heft wohl fühlst, dann geht es dir mit uns sicher nicht anders. Komm doch einfach mal zu einer unserer Sitzungen montags um 19 Uhr im Z10. Interessante Projekte erwarten dich.

eure GHG

**BUCH
HAND
LUNG**
am
**KRONEN
PLATZ GmbH**

24 Stunden: www.kronenplatz.de

Kaiserstraße 18 • 76133 Karlsruhe
Tel. 0721/37 77 75 • Fax: 0721/377575

kaiserstraße 50

... zwischen marktplatz
und kronenplatz

tel. 07 21 / 3 50 58 58

www.cafe-pan.com

mo - fr 11 - 19 uhr

sa 12 - 17 uhr

Crêpes*
süß + herzhaft

Tee

spezialitäten

Säfte
frisch gepresst

Partyservice

*auf wunsch vegan

Café Pan



zutaten aus kontrolliert biologischem anbau

StuPa- und UStA-Wahl

Wie allseits bekannt, haben vom 18. bis 22. Januar die Wahlen des Studierendenparlaments stattgefunden. Dabei konnte die GHG einen beachtlichen Erfolg verbuchen: Mit 24,3% der Stimmen stellt die GHG mit Abstand die größte Fraktion im aktuellen StuPa. Gleichzeitig konnten Hannah Wenk und Anselm Laube die meisten Kandidierendenstimmen sammeln und Yannick Oster mit dem besten Wahltipp sich eine leckere Tafel Schokolade im UStA abholen.

Angestachelt von diesen tollen Ergebnissen und dem Ruf der Verantwortung beschlossen daraufhin einige GHGler, sich den aufregenden Herausforderungen eines UStA-Referats zu stellen, um nach teilweise einstündigem Kreuzverhör durch das StuPa letztendlich in das gewünschte Referat gewählt zu werden. So versuchen seit dem 4. Mai die GHGler Anselm Laube als UStA-Vorsitzender, Manuela Popp als Kulturreferentin, David Schiebener als Ökoreferent und Yannick Oster als Außenreferent ihre neuen Aufgaben verant-

wortungsvoll auszuführen. Weitere ReferentInnen des neuen UStA sind: Andreas Wolf in dem neu eingerichteten Referat für Hochschulpolitik, Manuela Lemmer und Sarah Puch als Sozialreferentinnen, Benjamin Kobrinski als Innenreferent, sowie Ute Schlegel, die kommissarisch Finanzreferentin bleibt, Nadja Brachmann als Frauenreferentin und Ahmad diaa Aboustif als AusländerInnenreferent.

Wir möchten uns bei euch ganz herzlich für die hohe Wahlbeteiligung (22,9%) und die vielen Stimmen für die GHG bedanken und hoffen auf eine erfolgreiche Arbeit in StuPa und UStA in den kommenden zwei Semestern.

Yannick Oster

ANZEIGE

**Bildungsblockaden
abschaffen**

**Grün stärken.
Für eine gerechte Bildung.**

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

keine Werbung!

Warum keine Werbung? Abgesehen von ökologischen Argumenten, auf die weiter unten näher eingegangen wird, gibt es eine Vielzahl an Gründen sich einen Sticker mit dem besagten Spruch auf den Briefkasten zu pappen. Meistens bedeutet Werbung in der Post, dass man zu erst einen größeren und zudem auch noch flattrigen Paken in die Wohnung tragen, dann aus dem bunten Haufen die wichtigen Briefe fischen und später mehr Müll hinunter tragen muss. Falls man es sich noch nicht abgewöhnt hat hineinzuschauen, was zumindest Zeit kostet, wird man meist von knalligen Produkten angelacht, die man sowieso nicht kaufen würde ohne sich genauer zu informieren. Die bezogenen Informationen sind also nicht viel Wert oder kosten einfach nur Zeit. Falls man die lustigen, bunten Prospekte mögen sollte, obwohl der Informationsgehalt recht dürftig ist, kann man anführen, dass das Anbringen eines „Keine Werbung“ Aufklebers dazu beiträgt die letzten Urwälder zu schonen und Energie zu spa-

ren. Ein Großteil des Holzes, welches für unser Papier gebraucht wird, stammt aus den Urwäldern Skandinaviens. Jede Seite, ob sie gelesen wird oder nicht, benötigt Energie. Es entsteht außerdem weniger Müll und weniger giftige Farben verschmutzen die Umwelt. Wer hiermit überzeugt wurde, kann sich im UStA einen solchen Aufkleber abholen. Und wer gerne wissen möchte, was zu tun ist, wenn trotzdem noch Werbung kommt findet ihr hier weitere Informationen: ghg-karlsruhe.de. Wer sich entschlossen hat auch keine Werbung mehr zu wollen, die nicht direkt an ihn adressiert ist, der kann sich auf robinsonliste.de eintragen. Der Eintrag auf der Liste führt dazu, dass man keine Werbung mehr von Unternehmen bekommt, die sich an der Liste beteiligen, sofern man die Werbung nicht persönlich angefordert hat. Die Robinsonliste gibt es nicht nur für Briefwerbung. Man kann sich auch gegen ungewollte Anrufe auf das Handy, das Festnetz und gegen E-Mail Werbung schützen. Leider wird dadurch kein vollständiger Schutz gewährleistet, da die Teilnahme an der Liste freiwillig ist. Also keine Werbung!

Wolfgang Biener

KEINE ANZEIGE

GRÜNEHOCHSCHULGRUPPE

Wir sind eine bunt gemischte, vielseitige Gruppe aus den unterschiedlichsten Studienrichtungen, die sich für die Nutzung erneuerbarer Energien, die Einführung von Bioessen und fair gehandelter Produkte in den Cafeterien, sowie weitere grüne Projekte auf dem Campus einsetzt. Daneben wirken wir in der Hochschulpolitik mit, so bspw. im Studierendenparlament, für eine verfasste Studierendenschaft und den Dialog zwischen Studis und ProfessorInnen zur Verbesserung der Lehre. Neben der Vernetzung auf Landes- und Bundesebene, z.B. bei CampusGrün-Treffen, kommen wir jede Woche zu unseren Sitzungen im Z10 (2.OG) zusammen. Nähere Infos findest du auf www.ghg-karlsruhe.de.

Verfasste Studierendenschaft

Als größte universitäre Gruppe sind wir Studierenden ein besonderer Teil des gesellschaftlichen Lebens auf dem Campus und außerhalb. Damit unsere Interessen angemessen vertreten würden, wurden nach dem zweiten Weltkrieg von den Alliierten so genannte Verfasste Studierendenschaften (VS) eingeführt, die Teil der akademischen Selbstverwaltung der Universität und die demokratische Repräsentation der Studierenden sein sollen.

Elementare Bestandteile der VS sind Satzungs- und Finanzautonomie sowie die Zwangsmitgliedschaft aller Studierenden. Die Satzungsautonomie besagt, dass sich die Studierenden ihre Organisationsstruktur im Rahmen bestimmter gesetzlicher und demokratischer Grundsätze selbst wählen können. So gibt es neben dem bekanntesten Modell mit Studierendenparlament und Allgemeinem Studierenden-Ausschuss noch verschiedene andere Formen, z.B. Modelle mit direkter Demokratie oder einer Kombination von Legislative und Exekutive (StuRa). Auch unter die Satzungsautonomie fällt, dass wir z.B. die Größe der Gremien und Wahlverfahren so wählen können, wie wir es für sinnvoll halten. Mit der Finanzautonomie ist klar, dass die Studierendenschaften sich selbst zum satzungsgemäßen Erfüllen ihrer Aufgaben Beiträge zugestehen.

Das Geld (in der Regel nicht mehr als 10€ im Semester) wird für die politische Arbeit, Fortbildungen, Kulturveranstaltungen und Beratungen verwendet. Die



mundtot seit Filbingers Zeiten

Zwangsmitgliedschaft, unter den Gegnern der VS zu Unrecht verschrien (wir sind in allen möglichen staatlichen und organisatorischen Strukturen Zwangsmitglieder, ohne, dass uns das bewusst ist, und durch die damit verbundenen Rechte ist das nicht selten sogar zu unserem Vorteil), sorgt dafür, dass alle Studierende gezwungen sind, sich an der Finanzierung der Strukturen zu beteiligen, auch wenn jemand der Meinung ist, keine politische Vertretung, kulturelle Veranstaltungen, Unterstützung durch die Fachschaften und Sozialberatung nötig zu haben. Ein solidarisches Modell. Und jetzt die schlechte Nachricht: In ganz Bayern und Baden-Württemberg gibt es keine VS. In Baden-Württemberg wurden dem ASTa 1977, während der Amtszeit des Ministerpräsidenten und Altnazis Filbinger, jegliche politische

Äußerung verboten und die Satzungs- und Finanzautonomie aufgehoben. Die Studierenden an der Uni Karlsruhe hatten Glück. Dank des Engagements des damaligen Rektors, der relativ viel Geld in den ASTa-Haushalt steckte und damit die Errichtung eines demokratisch legitimierten und politisch tätigen Parallelsystems, das U-Modell, ermöglichte, konnte die Arbeit der Studierendenvertretung ohne allzu große Einschnitte weitergehen. Außerdem wurde das Vermögen des ASTa in einen Verein überführt und bringt seitdem eine Rendite, die kulturelle Veranstaltungen und Freitische für Bedürftige finanziert. Der UStA, die Exekutive des U-Modells, deckt alle Bereiche ab, in denen es dem



erfolgreiches Provisorium seit über 30 Jahren

ASTa verboten ist, sich zu äußern. Das Studierendenparlament als Legislative wählt, beauftragt und kontrolliert den UStA und kann Satzungsänderungen vornehmen. In der Fachschaftlerkonferenz (FSK) sind die VertreterInnen aller Fachschaften vertreten und entscheiden über praktische Fragen zu Studium und Lehre. Na dann ist ja alles in Butter? Nein, eben nicht! Auch wenn das U-Modell die wohl erfolgreichste

unabhängige Studierendenvertretung in Baden-Württemberg ist, heißt das nicht, dass wir auf ewig so weiter machen wollen. Das ewige Taktieren, was man jetzt als ASTa-Mitglied oder UStA-Vorstand sagen kann, ohne sich strafbar zu machen, eine getrennte Buchhaltung, doppelte Büroausstattung und die persönliche Haftung in den Vereinen des U-Modells machen das Leben der UStA-ReferentInnen zeitweise zum Spießrutenlauf. Deshalb unterstützt auch die Grüne Hochschulgruppe die Forderung der Karlsruher Studierendenschaft nach einer Wiedereinführung der VS. Auch für die Studierenden hat das Vorteile. Als eigenständige Teilkörperschaft der Universität wäre es dem ASTa wieder

möglich, Verträge abzuschließen (z.B. mit dem KVV bezüglich des Studitickets) und gäbe den Studierenden Rechtssicherheit, dass ihre Belange immer vertreten werden. Übrigens, das U-Modell (und damit auch die Forderung nach der Wiedereinführung der VS) könnt ihr unterstützen, indem ihr Beitragsmarken kauft. Erhältlich für 4€ in eurer Fachschaft oder im UStA im Mensafoyer, bekommt ihr dafür einen hübschen Aufkleber im aktuellen Unifest-Design, mit dem ihr die Werbung auf eurer Fricard/KITcard überkleben könnt, und dazu das Gefühl, etwas Gutes getan zu haben.

Anselm Laube

CG BW MV in Konstanz

CG BW MV in KN. Nach der Gründung des baden-württembergischen Campusgrün Landesverbandes letzten November in Karlsruhe, fand nun die erste Mitgliederversammlung in Konstanz statt. Oder eben kurz: CG BW MV in KN. CG BW ist der Zusammenschluss derzeit



fünf grüner Hochschulgruppen aus dem Land und dient als Sprachrohr für grüne studentische Interessen beispielsweise gegenüber der Landespolitik.

So, jetzt aber genug mit der Belehrung. Mitgliederversammlungen bedeuten lebhaft Debatten über Frauenstatute, Barrierefreiheit, Abstimmungsmodalitäten, Hochschulpolitik, neue Demokratieformen und vieles mehr. Auch dank der vier Karlsruher Teilnehmer wurde bis in die späten Abendstunden freundschaftlich gestritten.

Vor Beginn der eigentlichen MV gab

es einige überraschende Erkenntnisse im Datenschutzseminar. Das KIT als vorbildliche Uni in Sachen Datenschutz? So zumindest die Aussage des Zendas (Zentrale Datenschutzstelle der baden-württembergischen Universitäten)-Referenten. Die große Besonderheit, welche das KIT gegenüber den anderen Universitäten auszeichnet ist, dass man sich hier als Student bei Fragen direkt an Zendas wenden kann und nicht über eine Kontaktperson gehen muss. Also frag nach! Weniger überraschend, die Erkenntnis, dass StudiVZ, Facebook & Co Teufelszeug sind, doch, doch...

Neben dem offiziellen Teil, hatten wir auch kurz die Gelegenheit Seeluft zu schnuppern und lernten das etwas andere konstanzer Nachtleben kennen. Unsere Unterkunft bot ideale Möglichkeiten für allerlei sportliche Aktivitäten, von Sackhüpfen bis Mattenrutschen gingen alle Kindheitsträume in Erfüllung.

Am Ende blieb noch eine Frage offen: Wo findet die nächste MV statt? In Freiburg, in Tübingen oder gar in Heidelberg? Bis zur nächsten Ausgabe eurer heiß geliebten Quappe gibt es sicherlich neue Erkenntnisse.

Samuel Karrer

BIO aus der
Region
einfach besser

Naturkost
Naturkosmetik
Naturwaren

Lieferservice
Telefon
07251/93238899



Ihr BioMarkt
Füllhorn

Füllhorn finden
Sie auch in Bruchsal,
Heidelberg, Landau,
Speyer und Weingarten.

Karlsruhe, Erbprinzenstr. 27
www.fuellhorn-biomarkt.de

Online Shop

Laden 3

Naturkost und Naturwaren

Werderstraße 43
76137 Karlsruhe
0721/ 38 81 71

Jetzt direkt
am
Werderplatz!

Gesundheitsprämie

Die unterschiedlichen Meinungen über die Gesundheitsprämie kommen allein schon durch die unterschiedlichen Bezeichnungen zum Ausdruck. Während sie von der Opposition als Kopfpauschale beschimpft wird, sprechen die Befürworter lieber von der Gesundheitsprämie. Gesundheitsminister Philipp Rösler hat im März diesen Jahres sein Konzept vorgelegt, nach dem jeder gesetzlich Versicherte über 18 Jahre eine einkommensunabhängige Pauschale von 29 € zahlen muss. Später soll diese erhöht werden. Schätzungen zufolge sind etwa 100 bis 110 € für eine vollständige Finanzierung der Gesundheitskosten nötig. Schon das Wort „einkommensunabhängig“ klingt auf den ersten Blick

unsozial, da zum Beispiel die Managerin genauso viel zahlt wie ein Frisör. Doch Röslers Argumentation ist, dass er die soziale Umverteilung von der Krankenversicherung in das Steuersystem verlagern will. Dies leuchtet ein, soll ja die Krankenversicherung vor allem zwischen kranken und gesunden Menschen abwägen und nicht zwischen Armen und Reichen. Auch Röslers weiteres Argument, dass mit einer Kopfpauschale die Finanzierung des Versicherungssystems krisenunabhängiger wird, klingt logisch, da zwar die Steuereinnahmen etwas mehr schwanken würden, aber die Einnahmen der Versicherungen dann unabhängig von Einkommenshöhen und Arbeitslosenzahlen wären.

Doch leider gibt es einen gewaltigen Haken. Die Regierung und ganz besonders die FDP planen nämlich in der Steuerpolitik nicht mehr sozialen Ausgleich, sondern genau das Gegenteil. Geht man also davon aus, dass der Gesundheitsminister seine Argumente ernst meint und er nicht einfach nur die gesetzlichen Krankenkassen schwächen will, muss man zu dem Schluss kommen, dass Rösler in der falschen Partei ist. Wenn die finanzielle Umverteilung des Krankenversicherungssystems in das Steuersystem mit hinein genommen werden soll, muss es zu Steuererhöhungen kommen, vor allem im oberen Einkommensbereich. Der vom Gesundheitsminister vorgeschlagene Sozialausgleich zur Unterstützung armer Familien federt zwar die Mehrbelastung niederer Einkommen ab, aber die höheren Einkommen müssten deutlich weniger zahlen als es im jetzigen System der Fall ist. Dies ist nicht nur eine Gerechtigkeitsfrage, sondern den Kassen fehlt dadurch natürlich auch einiges an Geld. Woher dieses stammen soll, konnte Rösler bisher noch nicht beantworten.

Zusammenfassend kann man sagen, dass eine Gesundheitsprämie sinnvoll sein könnte, unter der Voraussetzung eines massiven Umbaus des Steuersystems. Gleichzeitig ist aber klar, dass es einen Umbau mit der jetzigen Regierung nicht geben wird und dass die Gesundheitsprämie so eher als Verringerung des sozialen Ausgleichs und als Einstieg in die Abschaffung der gesetzlichen Krankenkassen gesehen werden muss.

Christian Zimpelmann

zukunftsmusik?



Einfache
Dinge
verbessern
die Welt!
Mach Mit!

Wir betreiben eine Solaranlage auf dem Mensadach. Damit finanzieren wir uns und fördern ökologische Projekte auf dem Campus. Du hast eine Projektidee oder Lust dich zu engagieren? Jeden ersten Montag im Monat treffen wir uns um 18.00 Uhr im Z10.

Photovoltaik

Energieträger der Zukunft oder Subventionsgrab?

Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) ist vor 10 Jahren in Kraft getreten. Es hat eine komplette Industrie geschaffen



und den Anteil an Erneuerbaren Energien im deutschen Strommix verdreifacht. Nachdem das Gesetz bei seiner Einführung umstritten war, hat sich die Zahl derer, die das Gesetz als Ganzes ablehnen, stark dezimiert. Allerdings: Die Förderung von Strom aus Photovoltaik hat noch immer viele Kritiker. Hier wird vor allem die relativ geringe CO₂-Einsparung im Verhältnis zu den finanziellen Aufwendungen angeführt. Während die Anfangseinspeisevergütung für Onshore Windanlagen aktuell 9,02 ct/kWh (Basisvergütung 5,02ct/kWh) beträgt, wird der Strom vom privaten Hausdach immer noch mit über 39 Cent/kWh vergütet. Außerdem lässt sich der

CO₂-Ausstoß durch Effizienzsteigerung bei Energiegewinnung und Verbrauch günstiger verringern als mit Photovoltaikstrom. Jedoch sollte man bei der Bewertung keine vorschnellen Schlüsse ziehen, nur weil man stur auf die Kosten schießt. Man sollte weniger deren absoluten Wert betrachten, sondern mehr das Entwicklungspotential. Die Modulkosten für kristalline Module aus China sind von über 3,20 Euro/Wp im Juli 2008 auf unter 1,80 Euro/Wp im November 2009 gefallen. Und der Trend geht weiter. First Solar kündigt an, 2012 Module zu einem

Preis von unter 70 Cent/Wp anbieten zu können. Eine derartige Entwicklung kann weder für den Preis von fossilen Energieträgern, noch für Stahl, welcher für Windkraftanlagen gebraucht wird, erwartet werden. Im Moment sind die Rohstoffpreise als Nachfolge der Weltwirtschaftskrise noch immer relativ gering. Sobald sich die Wirtschaft wieder erholt, werden sie in die Höhe schießen, möglicherweise viel stärker als je zuvor, da auch der Ressourcenbedarf der Aufsteigerländer China, Indien, Brasilien und Südafrika höher sein wird als je zuvor. Der Photovoltaikstrom ist wertvoller als Windstrom. Windkraftanlagen speisen nur dann Strom ins Netz ein,

wenn gerade Wind weht, auch nachts, wenn relativ wenig Strom gebraucht wird. In Anbetracht der Tatsache, dass die Entwicklung von Energiespeichern noch einen weiten Weg vor sich hat, kann dies zu erheblichen Problemen in Bezug auf die Netzstabilität führen. Solarzellen produzieren hingegen dann Strom wenn er gebraucht wird, nämlich tagsüber und sie produzieren besonders viel Strom, wenn er besonders viel gebraucht wird, nämlich mittags. Die möglichen Standorte für Wasserkraftwerke sind in Deutschland schon lange ausgereizt, mittlerweile sieht es bei Windkraftanlagen auf dem Land ähnlich aus. Bei Solarstrom hingegen sieht es anders aus. Folgendes Beispiel soll dies verdeutlichen: Photovoltaikanlagen, welche auf zuvor landwirtschaftlich genutzten Feldern errichtet werden, stehen häufig in der Kritik, da die Felder nicht mehr für die Nahrungsmittelproduktion zur Verfügung stehen. Allerdings wird Landwirtschaftsfläche auch dazu benutzt, um Pflanzen für Bioenergie anzubauen. Im Moment stehen knapp 5500 Hektar Photovoltaik auf Freiflächenanlagen knapp 17 Millionen Hektar Landwirtschaftsfläche, die für den Anbau von Biomasse genutzt wird, gegenüber. Der Bundesverband Erneuerbare Energie e.V. geht davon aus, dass Strom aus Biomasse nach einem massiven Ausbau auf 315 Terawattstunden Energie kommen könnte, ein Großteil davon Wärme und Kraftstoff sowie 54 TWh Strom. Hätte die Photovoltaik die gleiche Fläche zur Verfügung wie die Biomasse im Augenblick, könnten hiermit mindestens 900

TWh Strom erzeugt werden, der Stromverbrauch von Deutschland beträgt 600 TWh. Damit könnte der Strombedarf Deutschlands, zumindest quantitativ, gedeckt werden. Das Problem der Nichtverfügbarkeit von Energiespeichern bleibt natürlich bestehen. Hoffnung bringt hier die Elektrifizierung des Automobils. Wenn die ambitionierten Pläne der Automobilindustrie verwirklicht werden, gibt es bald jede Menge Hybrid- und Vollelektroautos. Und je mehr dieser Fahrzeuge produziert werden, desto billiger werden die Batterien. Auch hier gilt, man sollte der Technologie noch ein bisschen mehr Zeit geben, genau wie bei der Photovoltaik. Sie wäre nicht die erste auf Halbleitern basierende Technologie, die die Welt verändert. Und die Computer wurden auch am Anfang unterschätzt.

Daniel Uber

- » www.presse magazin.net/component/content/article/60-wirtschaft/62-einspeiseverguetungen-2010-fuer-photovoltaik-und-windenergie.html
- » <http://www.photovoltaik-tipps.de/produktionskosten-fur-solarzellen-auf-rekordtief-1350>
- » Sonnenenergie (offizielles Fachorgan der Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie e.V.) ISSN-Nr: 0172-3278 Artikel Wachstumszwickmühle Seite 17
- » Photon 2/2010 Artikel: Fiktive Argumente Seite 31
- » Photovoltaik 12/2009 Spotmarkt PV-Module Seite 26

Ein Ökoerlebnistourist unterwegs in den USA

Wie eine erstarrte Blechlawine mit einer Breite von über einem Dutzend Fahrstreifen präsentiert sich der Freeway I 75/85 unter mir, als ich ihn auf der



*Der Freeway I75/85 teilt Atlanta.
Wirklich schön ist die Stadt nur bei Nacht.*

Brücke der sechsten Straße überquere. Er trennt den Campus des Georgia Institute of Technology (nicht zu verwechseln mit unserem Karlsruher Pendant) wie eine Schlucht von Downtown Atlanta. Ich denke an die Worte, die ich von mehreren USA Rückkehrern in Deutschland gehört hatte: „Dein Leben wird so viel besser sein, sobald du dort ein Auto hast.“ Das glaube ich jetzt noch weniger als zuvor, obwohl ich mich zu Fuß zu

gegebenermaßen etwas verloren fühle angesichts der Straßen, die selbst in der Innenstadt erschreckend breit sind.

Hier bin ich nun also, zwischen Wolkenkratzen in Downtown und der parkähnlichen Anlage des Campus mit saftig grünem Rasen und alten, von zahllosen Eichhörnchen bevölkerten Bäumen - meinem Zuhause für das nächste Jahr. Viel Zeit hatte ich in den Monaten davor

mit bürokratischen und finanziellen Hürden verbracht. Ich musste mir von manchen Freunden und Bekannten entgleisende Gesichtszüge ansehen, die offensichtlich nicht viel von meinem Austauschzielland hielten („Es gibt doch so viele interessante Orte, an die du reisen könntest!“). Das alles ist jetzt vergessen. Trotz(schwül-)warmen 40°C hole ich mir zu Beginn meines Aufenthaltes fast den Kältetod bei Restaurantbesuchen,

bei denen es in übermäßig klimatisierten Räumen Eis mit Wasser (und nicht anders herum) in gigantischen Bechern gibt - inklusive freiem Nachfüllen von der stets aufmerksamen Bedienung. Im eigenen Zuhause allerdings ist die Klimaanlage nicht nur Standard, sondern höchst notwendig in einer Region, in der man den Winter nur aus Erzählungen kennt. Überhaupt lebt man als Student auf hohem Niveau - verglichen mit vielen anderen Bevölkerungsschichten in der fünf Millionen Metropole - oft im eigenen Häuschen direkt neben dem Campus. Waschmaschine und Trockner gehören immer zur Standardausstattung - Wäschetrocknen im Freien ist in Georgia strafbar und Wäscheständer gibt es nur importiert von IKEA. Der Kühlschrank kann Lebensmittel in der Größe einer ausgewachsenen Kuh aufnehmen, die man wiederum jede Woche in der Mülltonne entsorgen könnte, die vor jedem Haus steht.

Die angekündigten Mobilitätsprobleme durch Verzicht auf ein eigenes Auto bewahrheiten sich auch längerfristig nicht. Nachdem ich mir über Craigs Liste ein Fahrrad - und obendrein noch einen kleinen Anhänger - besorgt habe, fühle ich mich als König von Atlantas zwei- und dreispurigen Straßen. Und werde auch oft so behandelt: Obwohl es sogar Fahrradständer an einigen Supermärkten gibt, ist der Einkauf mit Fahrrad für die Einheimischen ein großes Kuriosum.

Diese Sonderstellung aber ist am letzten Freitag jeden Monats dahin. Dann nämlich, wenn sich bis zu 500 Fahrradenthusiasten im Herzen Atlantas zu-

sammenrotten, um als kritische Masse ihre eigenen Verkehrsregeln aufzustellen: Bedingungslose Vorfahrt für das Fahrrad! Einige besonders Mutige versperren den Autofahrern der einmündenden Strassen den Weg, der Rest des Trosses rollt wie ein riesiger Lindwurm über rote Ampeln und Stoppschilder hinweg. Viele Passanten und Autofahrer erwidern den stetigen Ausruf „Happy Friday!“ positiv, die Polizei allerdings versteht weniger Spass und versucht regelmäßig mit wildem Sirenenheulen und motorisierten Zweirädern die Masse aufzureiben, um das Vorrecht der Autos wiederherzustellen - zumeist allerdings vergeblich.

Ein alternatives Fortbewegungsmittel zu Fahrrad und Auto in Atlanta ist die MARTA (Metropolitan Atlanta Rapid Transit Authority), die aus einer zweiliniigen U-Bahn und unzähligen Busverbindungen besteht. So einfach sich die Navigation im kreuzförmigen U-Bahn System gestaltet, so unmöglich scheint zunächst die Nutzung der Busse, deren Haltestellen lediglich mit Scheckkarten-großen Schildern markiert sind - Fahrpläne sucht man überall vergebens. Ganz sicher entlastet die MARTA Bahn das Straßennetz Atlantas, allerdings trägt sie nichts Positives zur städtischen Umweltbilanz bei: Beim Vergleich der verschiedenen Verkehrsmittel schneidet sie am schlechtesten ab - dank etwa 80% Kohleanteil am Elektrizitätsmix Georgias, Rekord in den USA.

Auch wenn ich mich innerhalb der Stadt höchst umweltfreundlich per Fahrrad fortbewegt habe, muss ich doch zuge-

ben, dass ich für weitere Strecken auch das ein oder andere Mal das Flugzeug wählte. Das darf angesichts der Tatsache nicht überraschen, dass Atlanta Hartsfield International Airport „the world's busiest airport“ ist, der von der Uni aus per MARTA in gerade einmal 20 Minuten zu erreichen ist und Atlanta mit dem Rest der Welt verbindet. Tatsächlich habe ich nie einen Zug bestiegen während meines einjährigen Aufenthaltes, in dem ich sicherlich viel gereist bin. Das klingt zunächst ziemlich schwach, ist aber vielleicht dann nicht mehr verwunderlich, wenn man sich vor Augen führt, dass Atlantas Bahnhof genau zwei Abfahrten pro Tag zu bieten hat: Eine nach Norden und eine nach Süden - wohlge-merkt in der größten Metropole im Südosten der USA.

Viel progressiver dagegen sind die Verhältnisse bei Lebensmitteln. Ganz verblüfft bin ich selbst, als ich Biosupermärkte wie „Whole Foods“ und „Trader Joe's“ (von einem der Aldi Brüder gegründet) ausfindig mache, die sich ganz und gar nicht hinter denen hierzulande verstecken brauchen. Ganz im Gegenteil ist das Einkaufserlebnis noch gesteigert dank der sehr serviceorientierten Mentalität: Nicht nur wird man an der Kasse stets in Smalltalk verwickelt, Mitarbeiter lassen einen auch mal die verschiedenen Joghurt- und Frischkäsesorten ihres Sortiments durchprobieren auf der Suche nach dem quarkähnlichsten Produkt (den es in ganz Amerika praktisch nicht gibt).

Sicherlich stellen die beschriebenen

Biomärkte das Ende der Fahnenstange dar. Doch auch ganz gewöhnliche Geschäfte haben Potential für den an Ressourcenschonung interessierten Zeitgenossen: „Dumpster Diving“ heißt das Zauberwort und bedeutet tatsächlich das Eintauchen in Müllcontainer in den Hinterhöfen von Lebensmittelgeschäften, Fastfoodketten und Donutläden. Besonders letztere eignen sich vorzüglich, um auf dem Heimweg nach einem beherzten Sprung über die Mauer des Müllverschlages noch eben eine Ladung frittierten Gebäcks mitzunehmen. Das ist zwar nicht mehr dampfend heiß, aber trotzdem frisch und dazu sauber verpackt in der Zwölferschachtel. Seine Beute teilt man auch gerne mit dankbaren Menschen, die ihre Lebensmittel ausschließlich von Überresten anderer beziehen.

Neben vielen anderen bleibt doch der hauptsächliche Grund für meinen USA Aufenthalt das Studium im Department for Civil and Environmental Engineering. So schlecht es im Bezug auf Umweltschutz um den Durchschnittsnordamerikaner auch bestellt sein mag, bei entsprechenden Studiengängen des Umweltingenieurwesens sieht es dort besser aus als hierzulande. Zwar sind unter meinen Mitsstudenten nicht allzu viele Ökos zu finden. Beim Studium geht es - zumindest unter den Masterstudenten - um ernsthaftes Fachwissen und Forschung, da bleibt wenig Zeit sich zusätzlich engagieren. Trotzdem wird gesellschaftliches Engagement ungemein wertgeschätzt, ganz besonders in

der Highschool und bei den Undergrads. Einer der zahlreichen Student Clubs ist SOS (Students Organizing for Sustainability) - Atlantas Gegenstück zur GHG. Dessen Mitglieder organisieren Vorträge, inszenieren grüne Modeschauen mit gebrauchter Kleidung, bauen einen eigenen Fahrradverleih mit in Stand gesetzten Gebrauchträdern auf dem Campus auf oder lassen sich zu Gebäudeenergieexperten weiterbilden, um Einsparpotentiale bei Hochschulgebäuden auszuloten. SOS ist nicht der einzige Verein dieser Art in der Region, sodass es regelmäßig Vernetzungstreffen à la Campusgrün gibt, zum Beispiel den jährlichen Green Peach (der Pfirsich ist Georgias offizielles Obst), bei dem sich mehr als hundert Aktive bei gemeinsamem Zelten treffen zu Workshops, Seminaren und Strategiebesprechungen rund um regionale ökologische und damit verbundene soziale Probleme und mögliche Lösungen. Dabei ist ein starker Wille zur Abkehr von alteingesessenen Strukturen zu spüren, hin zu einer ökologischen Revolution. Die Barrieren, die dabei zu überwinden sind, sind weit größer als im bereits viel fortschrittlicheren Europa - und so müssen auch die Methoden radikaler sein. Bei vielen Aktiven hört das persönliche ökologische Handeln neben dem gesellschaftlichen Engagement nicht beim Einkauf im Biosupermarkt auf. Vielmehr lautet das Motto der Eingeschworenen

back to the roots, und das ganz bildlich beim „urban gardening“: In alten Schubfächern oder Autoreifen wird vor der Haustür Gemüse für den Eigenbedarf



Hunderte Fahrradbegeisterte bilden jeden Monat eine kritische Masse und machen Atlantas Straßen für einen Abend zu Fahrradwegen.

produziert. Und der notwendige biologische Dünger entsteht in Hochleistungsfabriken im Küchenauszug: Hier verwandeln Würmer Haushaltsabfälle direkt in Kompost.

Als Resümee kann ich sagen, dass ich vieles erlebt und gelernt habe während meines Aufenthalts im Land der unbegrenzten Möglichkeiten - dieser Bezeichnung würde ich gefühlt immer noch Gültigkeit zuschreiben. Vor allem aber bleibt eine Gewissheit: Es gibt immer Brücken über die man zu Fuß oder mit dem Fahrrad den verstopften Freeway überqueren kann.

Samuel Huber

Gesellschaftskrieg

Kommentar von Hannes Gürgen „aus gegebenem Anlass“

1924 veröffentlichte die Zeichnerin Käthe Kollwitz ein Plakat mit dem Titel „Nie wieder Krieg!“ Ein junger Mann ist darauf zu sehen: Die linke Hand zum Schwur erhoben, die andere auf der Brust ruhend. Der zum Schrei geöffnete Mund und die zerzausten Haare erinnern an einen Soldaten, der gerade dabei ist, sich in ein Kampfgemeinde zu stürzen. Andere Radierungen von Kollwitz beschäftigen sich mit dem Tod: Ausgemergelte Menschenkörper, gekrümmt und verzerrt durch Schmerz und Todeskampf. Dass mir beim Wort „Krieg“ gerade diese Bilder einfallen, mag wohl daran liegen, dass sie mir bereits in frühen Jahren vertraut waren und meine Vorstellung von Leid und Qual zutiefst prägten. Einen tiefen Eindruck haben sie aber noch heute auf mich. Woran liegt das? Es ist wohl die Verbindung von Darstellung und Kunstfertigkeit, welche in ihrer radikalsten Form schonungslos auf die dahinter verborgene Wahrheit verweist. Eine Wahrheit, die immer gültig bleibt und kultur- sowie religionsübergreifend verstanden wird. Gesten und Ausdruck eines Schmerzempfindens sind bei nahezu allen Menschen gleich. Die Fähigkeit des Menschen, Leid zu empfinden und auszudrücken, ist die Verbindungs- und Trennlinie aller Völker dieser Erde. Gut 65 Jahre sind nun seit dem Zweiten Weltkrieg vergangen, aber trotz der „Friedenszeit“, in der wir

leben, gibt es immer wieder Momente, in denen Ausbrüche von Gewalt spürbar sind. Das Bild dieser Gewalt ist nicht klar umrissen, fast verschwommen und scheint sich auf das Innere der Gesellschaft gerichtet zu haben. Verallgemeinert ausgedrückt: Ein Individuum richtet sich gegen ein anderes Individuum: Mordet, quält, vergewaltigt, rächt, schlachtet, sperrt es ein und geht über die christliche Wertvorstellung unseres Abendlandes hinweg. Oft sind es Einzelmeldungen, die für ein paar Wochen die Schlagzeilen der Regenbogenpresse bestimmen, die in das kollektive Bewusstsein aller Menschen aufgenommen werden, um dann schnell wieder aus dem Blickfeld zu verschwinden. Darüber hinaus ist nicht zu übersehen, dass Gewalt, vor allem bei Jugendlichen, zunimmt: Wenn 17jährige einen fünfzig Jahre alten Mann erschlagen (wie es vor gut einem Jahr auf einem Münchener S-Bahn-Bahnhof geschehen ist), fragt man sich nach den Beweggründen. Geschah es aus Frust, aus Aggression oder war es allein der Spaß, der eine wertverlorene, desorientierte, gelangweilte Generation dazu veranlasst? „Jugendliche werfen Eimer mit Bauschutt von Autobahnbrücke“ hieß es vor ein paar Tagen in den Schlagzeilen. Wenn man die wenigen Beispiele auf sich wirken lässt, stellt sich die Frage, inwieweit es sich um Einzelfälle handelt oder ob nicht mehr

dahinter steckt. Gibt es ein kollektivverbindendes Generationsgefühl? Sind es Enttäuschung, Hoffnungslosigkeit, Erfolgsdruck oder fehlende Perspektiven, die Jugendliche zu solchen Taten verleiten oder handelt es sich um rein pubertär bedingte Mutproben? Oder verkennen wir die Lage so sehr, dass wir die Hilfeschreie einer verlorenen Generation nicht mehr hören? Sind die Täter wohl gar Opfer? Der Attentäter von Winnenden zum Beispiel war ein Außenseiter innerhalb seiner Klassengemeinschaft und rächte sich aufgrund erlebter Ausgrenzung. Unsere Gesellschaft will Leistung und Erfolg sehen. Sie ist egozentrisch und lässt keinen Misserfolg zu. Wie kann man eine Gesellschaft lieben oder sich für sie aufopfern, wenn jegliche Identifikationsplattform mit dieser fehlt?

Bundestagspräsident Norbert Lammert sprach zum Jahrestag der Befreiung des KZ Buchenwald folgende Worte: „Freiheit, Demokratie, Toleranz und Menschlichkeit müssen immer wieder verteidigt und errungen werden“. Das ist wohl wahr. Doch wer soll heutzutage für diese Werte noch eintreten? Auf den ersten Blick erscheinen oben genannte Begriffe abstrakt. Was ist schon Freiheit? Konkret werden diese Begriffe erst in unserer unmittelbaren Lebenswelt, im Alltag. Durch Erfahrungen und Situa-

tionen in unserer kulturellen Umgebung formt sich die persönliche Bereitschaft für Wahrheit und Gerechtigkeit heraus, verknüpft mit einer individuellen Moralvorstellung. Dies geschieht vor allem durch Autoritäten verschiedener Institutionen: Am Anfang steht die prägende Erziehung der Eltern, gefolgt von dem sozio-kulturellen Raum der Schule, am Ende steht dann der Eintritt in die Berufswelt, sei es im Meisterbetrieb oder einer anderen Ausbildungs- bzw. Bildungsstätte. Das Verhalten dieser Autoritäten ist meiner Meinung nach eng verknüpft mit den Biografien vieler Menschen. Es gibt also eine konkrete Verantwortung für jeden von uns auf dieser Welt, eine Verantwortung gegenüber dem Leben und unserer Umwelt, als Exempelfunktion für die uns Anvertrauten, zu übernehmen. Dieser Tatsache sollten wir uns bewusst sein und sie auch offen leben, als Vorbild für die heranwachsende Generation, denn diese sehnt sich nach Liebe und Hoffnung. Geben wir doch das Vertrauen zum Leben an die weiter, die es dringend brauchen!

„Saatfrüchte sollen nicht vermahlen werden“ nannte Käthe Kollwitz ihre Lithografie-Reihe und bezieht sich dabei auf ein Goethe-Zitat. Diesem Anspruch sollten wir uns alle verpflichtet fühlen.

Hannes Gürgen

Bologna-Prozess

Eine gute Idee falsch angepackt!

Vor über 10 Jahren initiierten die Regierungschefs Europas mit der Sorbonne Erklärung den Start des Bologna-Prozesses. Ziel war und ist die Herstellung eines europäischen Hochschulraumes mit vergleichbaren Abschlüssen und erleichtertem Wechsel des Hochschulstandortes. Mittlerweile sind an deutschen Hochschulen über 79% aller Studienplätze umgestellt und die Umkehrung des Prozesses mittlerweile undenkbar geworden. 10 Jahre Studienreformprozess erzeugten in Deutschland aber leider nicht nur positive Ergebnisse. Überfrachtete Studienordnungen, mangelnde Mobilität, unterfinanzierte Studienplätze und intransparente Studienverläufe überschatteten die eigentlichen Reformziele. Die verschiedenen bildungspolitischen Akteure wie Hochschulen, Landesregierungen und das Bundesministerium für Bildung und Forschung schieben sich gegenseitig die Schuld für die desolate Situation zu. Doch die Frage, auf wessen Rücken der Streit um die mangelhafte Umsetzung der Reform ausgetragen wird, scheint niemanden zu interessieren. Studierende sind Leidtragende von Kompetenzgerangel, mangelndem Gestaltungswillen und fehlender Kenntnisse der Entscheidungsträger. Die größten Mängel sehen viele Studis nach wie vor im Übergang zum Master, der mangelnden Mobilität, der Studierbarkeit und der sozialen Dimension der Umstrukturierung.

1. Mobilität innerhalb des europäischen Hochschulraums

Mobilität der Studierenden war und ist eines der zentralen Ziele des Bologna-Prozesses. Sie soll die persönliche Entwicklung der Studierenden fördern und den Erfahrungshorizont erweitern - etwa durch Hochschulwechsel oder Auslandsaufenthalte. Durch die Einführung des ECTS oder auch die sog. „Credit Points“ sollte eine bestmögliche Mobilität im europäischen Hochschulraum geschaffen werden. Ein wesentliches Mobilitäts-Hindernis ist jedoch nach wie vor die kleinteilige und bürokratische Anerkennungspraxis der meisten Hochschulen. Die Beweislast für Studienleistungen liegt nach wie vor bei den Studierenden selbst, denn sie müssen ihre Prüfungsleistungen den Studienordnungen entsprechend bei jedem Professor und jeder Professorin überprüfen lassen. Vielmehr sollten jedoch die Hochschulen gegebenenfalls beweisen, dass die erbrachten Leistungen nicht mit den Anforderungen der Studienordnungen übereinstimmen und im Ausnahmefall nach transparenten und nachvollziehbaren Regeln nicht anerkannt werden. Die HIS-Studie von 2009 zeigt jedoch leider, dass im Vergleich zu 45% der Studierenden der alten Diplom- und Magisterstudiengängen gerade einmal 15% der Bachelor-Studierenden studienbezogen ins Ausland gehen.

Auslandsaufenthalte fördern aber auch die Verständigung der Völker. Sie sind besonders förderlich für die individuelle Entwicklung und den Erwerb interkultureller Kompetenzen. Auslandsaufenthalte sowie Studienaufenthalte von ausländischen Studierenden an deutschen Hochschulen müssen in diesem Zuge ebenfalls stärker gefördert werden. Die Hochschule ist eine der wenigen Orte interkulturellem Austausch auf allen Ebenen. Seit Jahren streben die Hochschulen danach, mehr internationale Dozentinnen und Dozenten an die eigenen Hochschulen zu holen, um die wissenschaftliche Perspektive zu erweitern. Warum sollten nicht auch ausländische Studierende dazu beitragen, den Horizont der Hochschule zu erweitern? Die Hochschulen könnten insbesondere durch akademische Auslandsämter, Auslandstutorinnen/-tutoren, Praktikumsstellen, Kurse zur interkulturellen Kommunikation sowie ein breites Sprachenangebot dafür Sorge tragen, dass ein Klima geschaffen wird, welches zu internationalen Studien- oder Praxisaufenthalten anregt.

In einer Pressemitteilung des Deutschen Studentenwerkes (DSW) 2009 wies der Generalsekretär Meyer auf der Heyde darauf hin, dass eine unzureichende Finanzierung nach wie vor einer der Hauptgründe ist, weshalb Studierende nicht ins Ausland gehen. Die damals aktuelle Sozialerhebung von 2008 des DSW beweist: „Die Auslandsmobilität ist ganz eng an den sozio-ökonomischen Familienhintergrund der Studieren-

den gekoppelt. Studierende aus einkommensstarken, hochschulnahen Familien gehen doppelt so häufig ins Ausland wie ihre Kommilitonen aus einkommensschwächeren, hochschulfernen Familien“

2. Studierbarkeit

Studien haben wiederholt gezeigt, dass wie bereits erwähnt finanzielle Probleme das größte Hemmnis für die Aufnahme eines Studiums sind. Eine verlässliche Studienfinanzierung ist daher der Grundstein für studierbare Studiengänge. Dazu zählen wir die Abschaffung jeglicher Studiengebühren und Verwaltungskostenbeiträge sowie den Ausbau des BAföG hin zu einer elternunabhängigen, bedarfsdeckenden Breitenförderung. Darüber hinaus hängt die Studierbarkeit eines Studienganges unmittelbar von der finanziellen Situation der anbietenden Hochschule ab. Sie muss die notwendige Infrastruktur (Gebäude, Lehrpersonal, Ausstattung) in ausreichender Quantität und Qualität bereitstellen. Das bedeutet eine Anhebung der Bemessungsgrundlage zur Finanzierung von Studienplätzen und eine bessere Betreuungsrelation seitens der Professoren. Vielerorts herrschte an den Hochschulen zu Beginn der Bologna-Reform die „Augen-zu-und-durch“-Mentalität, in der das alte Diplom in 6 Semester gepresst wurde. Die Studiengänge waren in der ersten Phase viel zu eng geplant - die Prüfungslast stieg um ein Vielfaches. Den Hochschulen selbst ist das in der Praxis auf die Füße gefallen und viele

Studiengänge wurden daraufhin überarbeitet. Es wurden Instrumente geschaffen, um den Workload der Studierenden besser messen zu können.

Grundproblem der massiven Arbeitsüberlastung ist die Verschulung des kompletten Studiums. Flexiblere Studienverläufe und weniger Regeln schaffen mehr Energie für motiviertes wissenschaftliches Arbeiten. Ein erster Schritt wäre in Deutschland die Aufweichung der zu starren 6-Semester-Regel eines Bachelor-Studiums. Statt mehr Freiheit und Unterschiedlichkeit im Studium zu fördern, wie es die Bolognazielsetzung vorsah, ist die Realität weitgehend gezeichnet von Stundenplänen, starren Modulen und Kontaktstunden. Die Studierenden unterscheiden sich nicht mehr nach Interessen und resultierenden inhaltlichen Vertiefungsfächern, sondern nur noch nach ihren Noten. Ein selbst geschliffenes Studienprofil und spezifisch erworbene Fachkenntnisse gibt es bei diesem ersten Abschluss nicht mehr. Zu dem straffen Stundenplan kommen in den meisten Studiengängen permanente Leistungsabfragen und eine Atmosphäre einer ständigen Forderung. Diese Entwicklung wird vor allem Studierenden mit Kindern, Kranken, behinderten Studierenden und Studierenden mit Migrationshintergrund zum Verhängnis. Aber auch für Studierende, die ihren Lebensunterhalt studienbegleitend sichern müssen oder sich ehrenamtlich engagieren, ist dieser Trend verheerend. Deshalb müssen die Hochschulen ihren Studierenden endlich auch flächendeckend in jedem Stu-

diengang ein Teilzeitstudium bieten.

3. soziale Dimension

Eine bisher noch wenig betrachtete und nicht erreichte Zielgröße des Bologna-Prozesses stellt die „Soziale Dimension“ dar. Der Bologna-Prozess sollte eine Öffnung der Hochschulen für eine breitere Gesellschaft begünstigen und damit mehr Chancengleichheit bewirken. Bologna sollte ein Studium mithilfe eines Fachabschlusses, eines Meisterbriefes oder anderen alternativen Abschlüssen ermöglichen. Doch selbst wenn die Aufnahme eines Bachelorstudiums gelingt, besteht das Problem, dass beim Übergang zum Master gleich die nächste Zugangshürde entsteht. Aktuell stehen bundesweit nur für 10-20% der Bachelor-Studierenden Masterstudienplätze bereit (CHE; Centrum für Hochschulentwicklung 2009). Der wirkliche Bedarf an Masterstudienplätzen liegt jedoch laut Hochschul-Informationssystem (HIS) bei 80% aller StudienanfängerInnen. Bisher tritt dieses Problem nur selten auf, da die meisten Masterstudiengänge noch selten ausgelastet sind, da die ersten starken Bachelorstudiengänge noch nicht abgeschlossen sind. Das in naher Zukunft entstehende Nadelöhr im Übergang von Bachelor zu Master wird zusätzlich durch die Erhebung von Studiengebühren verschärft. Während das Bachelorstudium als Erststudium zählt, werden einige Master als weiterbildendes Aufbaustudium eingestuft und vom BAföG ausgeschlossen. Gerade Studierende aus bildungsferneren Schichten sind auf diese Studienfinanzierung an-

gewiesen und werden als potentielle Master-Studierende solcher Studiengänge abgeschreckt, was die Chancengleichheit noch weiter senkt. Grundsätzlich ist die BAföG-Förderung bei konsekutiven Mastern möglich, beschränkt sich aber auf die gleich Fachwahl und eine Altergrenze von 30 Jahren. Die Motivation des Bologna-Prozesses, zwischen dem Bachelor-Abschluss und dem Beginn des Master-Studiums eine Berufsphase einzuschieben, wird so oft für Studierende aus einkommensschwachen Familien zu Illusion. Neben dem bestehenden Mangel an Master-Studienplätzen beklagt die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) die mangelnde Geschlechterge-

rechtigkeit. Während in den Bachelorstudiengängen noch 46,9% Frauen zu verzeichnen sind, liegt der Anteil in den Masterstudiengängen nur bei 38%.

All diese Probleme weisen darauf hin, dass es noch ein weiter Weg ist, die begonnene strukturelle Umsetzung auch mit Inhalten zu füllen. Es reicht nicht aus, das Diplom auf 6 Semester zu kürzen und dabei die Studierbarkeit und Finanzierung sowie die Möglichkeit zur individuellen Entwicklung zu vergessen, denn: Die leidtragenden dieser mangelhaft umgesetzten Reform sind wir irgendwann selbst!

Jacqueline Klimesch

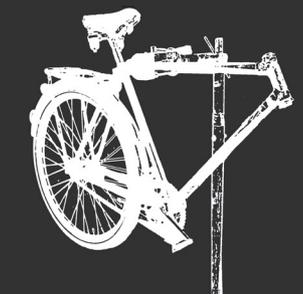
ANZEIGE



Georg-Friedrich-Str. 11
76131 Karlsruhe

Tel: 0721 - 66 35 736

mail@madamevelo.de



www.madamevelo.de

Mo - Fr: 10 - 12 &
14 - 18 Uhr
Sa: 10 - 13 Uhr

kais-pizza.de

Brückenrestaurant

Heimservice



Öko?
Logisch!

- Ökostrom
- Umweltpreis
- Mehrwegverpackungen
- Lieferung nur per Rad
- mehrfacher Testsieger



täglich 11-23 Uhr
www.kais-pizza.de

0721 **373734**
Fritz-Erler-Str 1-3, KA-Kronenplatz